



MIT EUROPA IM LABOR

Herodot, Gelehrter im alten Griechenland, erstaunte es sehr, doch der Sage nach kam Europa, die wunderschöne Prinzessin, aus Phönizien, von des Purpurlandes holden Hängen, am östlichen Mittelmeer, wo heute der Libanon liegt. Göttervater Zeus begehrte sie und verführte sie mit einer List: Zum Stier verwandelt lockte er sie auf seinen Rücken und stach in See. Drei Tage ritt das Paar übers Meer, in Kreta landeten sie an. Genau dies verwunderte Herodot, denn Kreta gehöre gar nicht zu Europa, deshalb könne Europa nicht nach Europa benannt werden. Doch Europa heißt Europa. Aphrodite, Göttin der Liebe, nannte den Erdteil nach der Prinzessin, um die einsame Europa auf dem neuen Kontinent zu trösten, indem sie sie unsterblich machte. Europa bis heute: Sinnbild für neue Verhältnisse, die bestimmt und ausgefüllt werden müssen.

Der Kulturraum Europa, dieser Sage nach dem Schoße des vorderen Orients entsprungen, war entlang der historischen Herrschaftsmuster stetem Wandel unterworfen. Ist es bei Herodot noch das Griechische gewesen, das Europa ausgemacht und gegen Asien abgegrenzt hat, wurden ins Römische Reich zahlreiche Kulturen integriert – von Britannien im Westen über Karthago im Süden, Juda im Osten und Belgien im Norden. Das Christentum brachte im Mittelalter eine Landschaft von Kirchen und Kathedralen hervor und führte mit den Kreuzzügen zur ersten europäischen Massenbewegung. Euphorisch und erbarmungslos.

Den größten Teil der europäischen Geschichte nehmen Kriege zwischen Königen, Konfessionen, später dann Nationen ein. Häufig sind diese Konflikte durch den Willen geprägt, eine Einheit wiederzuerlangen, die mit Karl dem Großen verloren gegangen war. Der letzte kriegerische Vereinigungsversuch des Nationalsozialismus war gleichsam auch der brutalste, geprägt vom Streben einer selbsternannten „Herrenrasse“ nach totaler Herrschaft. Europas Geschichte ist bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts über weite Teile militaristisch und blutig.

DER TRAUM VOM EWIGEN FRIEDEN

In der Geschichte des Kontinents sticht der europäische Integrationsprozess nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs deshalb hervor. Auf dem kriegsverheerten Kontinent ist die gewaltsame Konfliktaustragung undenkbar geworden. Frieden wird in Europa gemeinhin nicht mehr wie in anderen Teilen der Welt nur per Minimaldefinition als Abwesenheit von Krieg verstanden. Die meisten Europäer begreifen die nunmehr sechzig Jahre währende Friedensphase vielmehr als Verwirklichung des Ideals vom ewigen Frieden, der aus den kollektiven Erfahrungen der Europäer, aus einem historischen Prozess hervorgegangen ist. Gilt das auch für die europäischen Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind? Europa und die EU werden häufig synonym gebraucht und erst die gewaltsamen Konflikte auf dem Balkan in den 1990er Jahren vergegenwärtigten den Unionsbürgern wieder, dass es auch ein Europa

außerhalb der Friedensinsel EU gibt. Die Ukraine wird immer wieder von Regierungskrisen erschüttert, in Weißrussland leben Europäer auch 2007 noch immer in einer Diktatur. Dennoch lässt sich festhalten: Für das EU-Europa ist eine Entwicklung hin zur dauerhaft gewaltfreien Austragung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Wie aber konnten sich Frieden und Wohlstand in nicht gekanntem Ausmaß ausbreiten?

Als visionäre Europa-Politiker wie Robert Schuman, Jean Monnet, Alcide de Gasperi und Paul-Henri Spaack nach dem Krieg die Verflechtung europäischer Wirtschaftsbeziehungen beschlossen hatten, haben sie damit institutionalisierte Verfahren zur Konfliktbeilegung geschaffen. Neben wirtschaftlichem Wiederaufbau ging es auch um die Einbindung Deutschlands in europäische Strukturen. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Atomgemeinschaft wurde die deutsche Industrie europäisch eingebunden. Europa sollte friedlich und wohlhabend sein. Im Kalten Krieg versprach die enge Bindung an die USA militärischen Schutz, mit dem sich der westeuropäische Integrationsprozess zu einem dichten Netz kooperativer und berechenbarer Akteursbeziehungen entwickeln konnte. Die europäische Wirtschaft florierte. Anreize für kriegerische Auseinandersetzungen reduzierten sich auf ein Minimum.

EUROPA IST: VOR ALLEM EINSAM UND EINZIGARTIG

Den Weg, nationalstaatliche Zuständigkeiten an eine übergeordnete Ebene abzugeben und einen einzigartig sicheren Kulturenraum zu schaffen, gehen die EU-Mitglieder gemeinsam und einsam. Eine derart weitreichende Integration jenseits von Staat und Nation ist in der Menschheitsgeschichte beispiellos. Die EU vereinigt sowohl Elemente eines Staatenbundes wie

auch eines Bundesstaates, weshalb häufig auch von einem ⚙ Staatenverbund gesprochen wird: In einigen Politikbereichen, etwa in der Justiz- und Innen- oder der Außen- und Sicherheitspolitik, verpflichteten sich die Mitgliedstaaten wie bei einem Staatenbund zur gemeinsamen Beratung und Koordinierung und damit zu einer Zusammenarbeit auf intergouvernementaler Ebene. In anderen Politikbereichen, wie etwa bei der Wirtschafts- und Währungsunion, der Agrarpolitik und nun auch bei der Einwanderungs- und Asylpolitik werden verbindliche Entscheidungen hingegen durch die Kommission, den Ministerrat und das Europäische Parlament auf supranationaler Ebene getroffen. Das europaweit gewählte Parlament kann bei immer mehr Entscheidungen, die europäische Politik betreffend, mitbestimmen. Kompetenzen liegen wie bei einem Bundesstaat auf europäischer Ebene. Aufgrund des Zusammenspiels supranationaler und intergouvernementaler Elemente hat das Bundesverfassungsgericht die Bezeichnung „Staatenverbund“ zu Recht und treffend geprägt.

Nach sechzig Jahren Integrationsprozess kann man von einem europäischen Friedens- und Wohlstandsmodell sprechen, das zum Vorbild für andere regionale Integrationsräume avanciert ist. Diese verfügen über keine auch nur annähernd vergleichbare institutionelle Dichte, so dass sie im Kern bislang und auf absehbare Zeit lediglich Allianzen bleiben. Ihre Probleme zeigen, wie weit es gerade Europa schon gebracht hat. Wer die Nafta in Nord- oder den Mercosur in Südamerika, die AU in Afrika oder die Asean in Südostasien betrachtet, kann eine geringere Gemeinsinnorientierung bei den Mitgliedstaaten und somit eine einseitige integrationspolitische Ausrichtung auf bestimmte Politikfelder identifizieren. Gerade auch im direkten Vergleich mit anderen Regionalorganisationen erkennt man die Einzigartigkeit der EU. Ihre Stellung als politischer und wirtschaftlicher Akteur in der Welt wird dabei immer bedeutender.

EUROPA IST: VOR ALLEM EINE WIRTSCHAFTSMACHT

Auf internationalem Parkett wird die Europäische Union vor allem als Wirtschaftsakteur wahrgenommen. Das liegt daran, dass die EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik noch sehr gespalten wirkt, wie etwa die von unterschiedlichen nationalen Interessen geprägten Haltungen zum geführten Irak-Feldzug der USA im Jahre 2003 belegen. Auch im jüngsten Atomstreit mit Iran führen nicht der EU-Außenbeauftragte Javier Solana und die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner die Verhandlungen, sondern die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands als EU-Troika. Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik sind gemeinsame europäische Elemente in der Außen- und Sicherheitspolitik recht schwach ausgebildet.

Das sieht anders aus, wenn Wirtschaft und Außenbeziehungen in der Außenhandelspolitik zusammenkommen. Im EU-Binnenmarkt leben und konsumieren annähernd eine halbe Milliarde Menschen (⚙ gemeinsamer Markt). Die EU erwirtschaftet rund ein Viertel des weltweiten Bruttonutzenprodukts und ist mit zwanzig Prozent der weltweiten Ein- und Ausfuhr die größte Handelsmacht der Welt. In der Außenhandelspolitik sind die 27 Mitgliedsländer tatsächlich ein Akteur. Zwar haben die EU-Mitgliedstaaten in der Welthandelsorganisation (WTO) auch ihren eigenen Sitz, jedoch gilt die Europäische Kommission auf Grundlage der EG-Bestimmungen als Sprecherin europäischer Handelspolitik. Die EU ist also Mitglied bei der WTO, obwohl sie gar kein Staat ist. Hier betreibt die EU internationale Politik, verklagt andere Staaten und wird verklagt. Handelsabkommen werden von der EU geschlossen und ihre Entscheidung über die Güter, die zollfrei in den europäischen Markt eingeführt werden können, hat großes politisches Gewicht, gerade für die Entwicklungsländer.



VISIONEN, DIE AUSEINANDERKLAFFEN

Fern der historischen Betrachtung integrationspolitischer Errungenschaften und ökonomischer Erfolge hat das erste Halbjahr 2007 auch gezeigt, dass es innerhalb der EU sehr gegensätzliche Zukunftsvisionen von Europa gibt. Fünfzig Jahre nach Verabschiedung der Römischen Verträge befindet sich der europäische Integrationsprozess in einer kritischen Phase. 2005 wurde der  Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt. Die darauf folgende Verfassungskrise hat einen EU-weiten Dissens über die Zukunft der europäischen Integration offengelegt. Trotz der Dringlichkeit einer Konsensbildung angesichts der drohenden Handlungsunfähigkeit kam es in den folgenden zwei Jahren zu keinen Kompromisslösungen. In der EU herrschte integrationspolitischer Stillstand.

Das Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr dieses Jahres war die Reaktivierung des Verfassungsprozesses, wobei es zu einem zähen Ringen um nationalen Einfluss und Kompetenzabgrenzung kam. Während Polen versuchte, seine Stimmanteile im Rat der Europäischen Union auszubauen, sah Großbritannien die nationale Rechtstradition durch europäische Regelungen gefährdet. Nationale Interessen und Identitäten wurden zum Teil aggressiv vertreten. Das vorläufige Resultat der deutschen Bemühungen, die offene Vertragsfrage zu klären, ist eine pragmatische Lösung in Form eines erneuten Änderungsvertrages: Der Kernbestand zentraler Reformen aus dem Verfassungsvertrag soll gebündelt und in die bestehenden Verträge inkorporiert werden. Nach der Lesart von Bundeskanzlerin Merkel bedeutet dies die Erhaltung der VVE-Substanz, ohne die Bürger zu überfordern. Obwohl auch die Vertragsänderungen noch in den Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen, lässt sich sagen, dass mit diesem Ergebnis eine institutionelle Lähmung zunächst abgewendet werden konnte. Die unterschiedlich durchlässigen Schutzschilde um die jeweiligen nationalen Interessen haben sich jedoch nicht nur bei den mühsamen Verhandlungen im Rahmen des EU-Gipfels im Juni 2007 gezeigt. Angela Merkel wurde in den deutschen Medien für ihren neuen Grundlagenvertrag gefeiert – bis die Europapolitik mit Beginn der portugiesischen

Ratspräsidentschaft im Juli zunehmend wieder aus der deutschen Berichterstattung verschwand.

„KERN“-FRAGEN

Die Verfassungskrise offenbart nicht nur grundlegende Konfliktlinien zwischen den Mitgliedstaaten und das nach wie vor bedeutungsvolle Spannungsverhältnis von nationalstaatlicher Souveränität und europäischer Supranationalität. Auch mögliche Abnutzungserscheinungen und tiefliegende Zweifel am Gemeinschaftsgeist sind erkennbare Probleme. Und gerade eine europäische Verfassung hätte als konstitutive Festschreibung von Gemeinsamkeiten die Einheit der Europäischen Union sichtbar gemacht, die sich als politische Gemeinschaft mit geteilten Normen und Werten versteht. Nicht nur die Verfahren und Abstimmungsverhältnisse, sondern die Grundlage des europapolitischen Selbstverständnisses wäre feierlich in einem integrativen Schriftstück mit hoher politischer Strahlkraft und symbolischer Bedeutungsschwere manifestiert worden. Doch die Idee einer europäischen Verfassung scheiterte letztlich an der politischen Realität. Die notwendig gewordenen institutionellen Reformen einer auf 27 Mitgliedstaaten angewachsenen Union münden nun in erneute Vertragsänderungen, die euphemistisch als Reformvertrag titulierte werden.

Mit oder ohne Verfassung bleibt die Frage: Wie viel ist uns gemeinsam und wer wollen wir sein? In Geschichte, Kultur, Religion zeigen sich Gemeinsamkeiten, aber auch viele Unterschiede: Ist die europäische Kultur nicht in regionale, nationale und ethnische Eigenarten zersplittert? Ist Europa also nur „in Vielfalt geeint“, wie der 2000 gewählte Leitspruch der EU zur Schaffung einer europäischen Identität es ausdrückt? Oder ist da mehr?

DIE EU ALS EIN EUROPA DER BÜRGER

Betrachtet man das Gros der Umfragen, nimmt die Ablehnung eines integrierten Europas nicht zu, auch wenn man dies aus den Reden nationaler Politiker schließen könnte. Die  Unionsbürger identifizieren

sich mehrheitlich mit Europa und wollen die Vielfalt ihres Kontinents kennenlernen und verstehen. Das Reisen durch Europa ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten – auch dank der EU – unkomplizierter, schneller und günstiger geworden. Schüler, Studenten und Arbeitnehmer haben die Möglichkeit, intensivere Erfahrungen in einem anderen Teil Europas zu machen; Dank der EU-Programme Leonardo, Galileo und Erasmus werden grenzüberschreitende kulturelle Austauschprozesse innerhalb Europas nicht nur mehr, sondern auch intensiver. Der direkte Austausch führt zur besseren Verständigung untereinander, denn neben der Verbesserung der Sprachkenntnisse werden auch Verständnis für und die Wertschätzung von kulturellen Eigenheiten geschärft. Europa als konkrete Erfahrung wird für immer mehr Europäer damit Wirklichkeit. Das gilt auch dann, wenn die EU-Programme überwiegend von ohnehin europafreundlichen, gut ausgebildeten Menschen genutzt werden.

Der Austausch in einer gemeinsamen  europäischen Öffentlichkeit findet hingegen kaum statt. Eine europäische Öffentlichkeit scheint es überhaupt nur zu geben, wenn es um Kritik an der Brüsseler Bürokratie oder am Brüsseler Zentralismus geht. Schaut man genauer hin, wird auch hier deutlich, dass in der EU häufig die gleichen Themen zur gleichen Zeit und unter den gleichen Relevanzkriterien diskutiert werden. Neben der bürokratischen Praxis und dem Anpassungsdruck aus der EU-Hauptstadt werden auch andere Fragen dieser konkreten europäischen Lebenswelt diskutiert, die auch von wissenschaftlicher Bedeutung sind: Welche Rolle kann und soll die EU in der Welt spielen? Wer soll und darf in Zukunft überhaupt noch zu Europa gehören: die Türkei, die Ukraine, womöglich Marokko und Israel? Führt die Osterweiterung zu einer unkontrollierbaren Einwanderungswelle in die alten Mitgliedstaaten? Soll die EU eher ein liberales oder ein soziales Modell sein? Wie werden die Europäer künftig mit ihrem kulturellen Erbe, ihren Regional- und Minderheitensprachen und ihrer teils divergierenden Geschichtsdeutung umgehen?

An dem Punkt wird auch der positive Effekt des Verfassungsvertrages trotz seines Scheiterns deutlich: Es gibt eine lebendige Diskussion um Europa und die nationalen Eliten werden sich angesichts der abgelehnten

Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum VVE der Notwendigkeit inhaltlicher Vermittlung der Idee Europa bewusst. Einen  permissiven Konsens der schweigenden Masse für die europäische Integration gibt es eben nicht mehr.

WIR SIND EUROPA!

Wer genau hinschaut, erkennt in der Union eines der faszinierendsten politischen Experimente der Gegenwart. Für die Zukunft Europas gilt es nun genau zu betrachten, was Europa ist und vor allem, wie wir Europa haben wollen. In den Artikeln dieser Ausgabe werden verschiedene Entwicklungen der europäischen Integration betrachtet, deren Fragen aufgegriffen und die Herausforderungen Europas aus unterschiedlichen Blickwinkeln problematisiert.

Das Spannende an Europa ist seine Unbestimmtheit und sein Gestaltungsspielraum, so als wäre die phönizische Prinzessin gerade erst angekommen. Einst wurde in Europa der Nationalstaat geboren. Jetzt ist Europa dabei, einen neuen Weg auf nationalstaatlicher Grundlage und dennoch jenseits des Nationalstaates zu beschreiten. Es handelt sich um eine Operation am lebenden Objekt, der Ausgang ist offen.

Ein reicher historischer Fundus bietet bei diesem Experiment Anknüpfung und Halt, aber was heißt das schon. Auch völlig neue Wege sind denkbar. Nicht zuletzt dann, wenn nach den ersten sechzig Jahren eines Europas der Eliten jenes der Bürger folgen sollte. Was mit Referenden begann, ist vielleicht erst der Anfang einer neuen Etappe. Die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten und Aufgaben in der Union sind so vielfältig wie Europa selbst. Die EU: der Raum des Friedens und Wohlstandes, das Europa der Völker, der Nationen, der Regionen, der Bürger, in Vielfalt geeint, mit aller Macht allein, aber nicht einsam. Europa wird, was wir daraus machen.

° Jana Katharina Walter, Max Haerder und Dominic Schwickert für die Redaktion